

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugungspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 8. August 1928

Nummer 63

Das Buchgewerbe im Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat

In den „Mitteilungen des Internationalen Buchdruckersekretariats“ vom Juni/Juli 1928 wird über den Verlauf der Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission am 15. und 17. Juni d. J. in Köln protokolliert, die sich u. a. mit dem Aufnahmeforschung des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands zu beschäftigen hatte. Bekanntlich wurde trotz Befürwortung einer sofortigen Aufnahme des Hilfsarbeiterverbandes von deutscher Seite in der Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission beschlossen, die Angelegenheit zurückzustellen und anlässlich des 11. Internationalen Buchdruckerkongresses im Jahre 1930 zu der Frage erneut prinzipiell Stellung zu nehmen. Gegenüber verschiedenen Protesten, die gegen diese Behandlung des Aufnahmeforschung des deutschen Hilfsarbeiterverbandes laut wurden (u. a. auf unserer letzten Gewerkschaftskonferenz und auf dem Verbandstage der Hilfsarbeiter) wird im neuesten Mitteilungsblatt des Internationalen Buchdruckersekretariats ausdrücklich darauf hingewiesen, daß für die Zurückstellung des Aufnahmeforschung kein Verstecken hinter Statutbestimmungen, sondern einzig und allein der Beschluß des Hamburger Internationalen Buchdruckerkongresses 1924 ausschlaggebend war, der nur die Aufnahme von Hilfspersonal im Schoße der Berufsverbände vorsieht und noch zu Recht besteht. Im Interesse einer objektiven Beurteilung der Sache gehen wir zu dieser Stelle von der Konstatierung des Internationalen Sekretariats Notiz.

Österreich. Wie der Gau Tirol des Reichsvereins der Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter schon in seinem Tätigkeitsbericht für das abgelaufene Jahr ausführte, ist die Kollegenschaft Tirols keineswegs gesonnen, auf eine bessere Entlohnung bis zum Ablauf des Tarifs im Jahre 1930 zu warten, sondern sie werde mit allen Mitteln versuchen, eine Angleichung an die Wiener Lohnverhältnisse zu finden. Eingeleitet zwischen Italien, Schweiz und Deutschland und überflutet von einem großen Fremdenzufluß, haben Tirol wie Borsarlberg eine besondere Teuerung aufzuweisen. Da zudem auf Grund einer genaueren statistischen Erfassung der Lohnverhältnisse sich herausstellte, daß eine große Anzahl von Gehilfen zum Minimum oder doch wenigstens nicht nennenswert darüber entlohnt ist, wurde von der Generalversammlung des Gau eine Aktion zur Durchführung einer Besserung der Lohnverhältnisse einstimmig beschlossen. Die Gauleitung verfaßte eine eingehend motivierte Denkschrift mit der Forderung einer Lohnregulierung und überreichte diese den Unternehmern, die die Denkschrift an den Tiroler Schuhverband und dieser wiederum an den Hauptverband der Buchdruckerbesitzer weiterleitete. Dieser hatte nun der Tiroler Gauleitung zur Kenntnis gebracht, daß er „aus tariflichen und wirtschaftlichen Gründen“ nicht in der Lage sei, der Forderung der Gehilfen nach einer den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Regelung der Löhne nachzukommen. Auch an das Präsidium des Reichsvereins richtete der Hauptverband der Buchdruckerbesitzer ein Schreiben gleichen Inhalts, nur noch mit dem neuen Ansatze, das Reichsvereinspräsidium möge auf die Tiroler Gauleitung „einwirken“, mit andern Worten, den ablehnenden Standpunkt der Unternehmer den Tiroler Kollegen plausibel machen. Natürlich ließ das Reichsvereinspräsidium in seiner Antwort an die Unternehmer die saule Ausrede nicht gelten, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in Tirol eine Erhöhung der Löhne nicht gestatten, da gerade dieses Land eine andauernd glänzende Konjunktur im Gewerbe aufzuweisen hat. Auch die Tiroler Kollegen hatten sich mit dem kurzschäftigen Bescheid der Unternehmer nicht abgefunden, sondern ein neuerliches Schreiben an die Unternehmer abgeschickt. Schließlich haben die Tiroler Unternehmer denn doch die Unhaltbarkeit ihres Standpunktes ein und erklärten sich bereit, die bestehenden Zulagen bis einschließlich 5 Schilling über das ortsübliche Minimum um ein bis zwei Schilling, je nach Qualitätsleistung der angestellten Gehilfen, zu erhöhen. Mit diesem Resultat erklärten sich aber die Tiroler Kollegen nicht zufrieden und beschloßen, noch offiziell vorzugehen. — Die im aufstrebenden Verbände der sozialdemokratischen Gewerbe-

treibenden und Kaufleute organisierte, etwa 80 Mitglieder zählende und fast ausschließlich Kleinbetriebe umfassende Gruppe der Buchdruckerbesitzer hat nun ein eigenes Organ, die „Graphische Rundschau“, herausgegeben. Die Buchdruckerbesitzer steht diesem neuen Unternehmerblatt mit allergrößter Aufmerksamkeit entgegen, bis es sich einwandfrei herausstellen wird, welche Stellung diese sozialdemokratische Unternehmergruppe in wichtigen, die Arbeiterbesitzer betreffenden Fragen einnehmen wird. — Die sozialdemokratische Partei hat in ihrem Besitz fünf Buchhandlungen und acht Druckereien und gibt sieben Tagesblätter in einer täglichen Gesamtauflage von 247 550 Exemplaren, 17 Wochenblätter mit einer Auflage von 186 450 Exemplaren, 8 Monatschriften mit einer Auflage von 565 650 Exemplaren heraus, wovon 256 000 auf den Wiener „Sozialdemokraten“ und 194 000 auf „Die Frau“ entfallen.

Tschechoslowakei. In Preßburg ist es Ende Juli zwischen der „Preßburger Zeitung“ (Kommanditgesellschaft) und dem dortigen Prinzipalverein einerseits und dem Verein der graphischen Arbeiter Slowakeis andererseits zu einem Konflikt gekommen, der zur Arbeitslosigkeit geführt hat. Vor Konditionsannahme in Preßburg (Bratislava) sei daher dringend gewarnt. — Am 5. und 6. Juli beging der Verein der graphischen Arbeiter der Slowakei und Kaspatruhlans in Preßburg die Feier seines 60jährigen Bestehens. Der Verein wurde 1868 von nur wenigen Kollegen gegründet und verfolgte als Hauptziel die wirtschaftliche Besserstellung. Auch Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit, der Krankheit oder des Todes wurden eingeführt. Schon im Jahre 1872 gelang es den slowakischen Kollegen, einen Kollektivvertrag abzuschließen.

Estland. Der Streik im estnischen Buchdrucker-gewerbe ist als beendet anzusehen. Obwohl es im Laufe des mit internationaler Hilfe vier Monate durchgeführten Streiks gelang, in einigen Städten Teilerfolge zu erreichen, sah sich die Streikleitung doch in Kürze auf die zunehmende Zahl von Streikbrechern aus andern Gewerben genötigt, den Streik abbrechen. Die inzwischen notdürftig Angelernten wurden von den Prinzipalen nach ausländischem Muster zu „Angestellten“ gemacht. Am 21. Juli erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit, teilweise zu einseitig von der Prinzipalität dictierten Bedingungen.

Belgien. Die Komödie oder besser Tragikömie in der Brüsseler Sektion des belgischen Verbandes, über die die Leser der Auslandsrubrik des „Korr.“ hinreichend orientiert sind, scheint nun ihrem Ende entgegenzugehen. Wir lesen darüber im „Effort Syndical“ folgendes: „Die Abstimmung zur Wahl des Vorsitzenden der Sektion Brüssel hat den Sieg des Kollegen Jean Lemaire ergeben. Man muß Kollegen Lemaire beglückwünschen zu dem Mut, seine Kandidatur aufgestellt zu haben. Dem Mann der Tat gehört die Zukunft. Wie viele von unsern Mitgliedern beklagen sich über Mißstände in der Gewerkschaft, über unzeitgemäße Verhältnisse in den Betrieben und wünschen Abhilfe. Verlangt man aber ihre Mitarbeit an der organisatorischen Leitung des Verbandes, so drücken sie sich. Jean Lemaire wollte nicht im Hintergrunde bleiben, er stellt sich sofort in die Vorderreihe, und man muß seinen Mut anerkennen, wie er zu der gegenwärtigen Situation Stellung nimmt. Lemaire ist Wallone; sein Vorgänger war ein Fläme; dessen Vorgänger war ebenfalls Wallone. Man findet fast nur Provinzkollegen auf dem Präsidentenstuhl der Sektion Brüssel. Die Hauptstädter zeichnen sich eben mehr durch ihre gewerkschaftliche Interessiertheit aus: ein Drittel der Mitglieder hat an der Abstimmung zur Weisung der Präsidienfunktions überhaupt nicht teilgenommen. Wie dem auch sei, wir wünschen dem neuen Präsidenten vollen Erfolg. Er ist ein alter Gewerkschaftler, ein musterhafter Arbeiter. Durch regen Veranlassungsbesuch wollen wir beweisen, daß wir nicht nur einen neuen Mann wünschen, sondern daß wir die ganze gewerkschaftliche Atmosphäre der Sektion Brüssel geändert sehen wollen. Wir sind überzeugt, daß Jean Lemaire der rechte Mann am rechten Platz ist. Wir wissen, daß unter seiner Leitung die Sektion Brüssel wieder die freie und unabhängige Gewerkschaft werden wird, die zu sein sie nie hätte aufhören dürfen.“ (In einer Nachschrift zum vorhergehenden Artikel heißt es, der bisherige Vorstand plane wegen angelegenen „Form-

schers“ bei der Wahl des neuen Vorsitzenden die Ausschreibung einer neuen Urabstimmung.) — Die „Fédération Typographique Belge“ veröffentlicht in ihrer letzten Nummer die Minimallöhne, wie sie nimmere nach Abschluß des neuen Tarifvertrages ab 1. Juli 1928 Geltung haben. Wir geben diese Lohnabelle in ihren großen Zügen wieder: Brüssel: In Werkdruckereien: Seher 283,25 Fr., Maschinenseher 295,25 Fr., Monotypseher 298,25 Fr., Einleger 215,85 Fr., Einlegerinnen 162,60 Fr., Drucker 283,25 Fr. resp. 295,25 Fr. In Zeitungsbetrieben mit siebenmal wöchentlich erscheinenden Blättern: Seher 308,75 Fr., Maschinenseher 317,75 Fr., Rotationsmaschinenmeister 313,75 Fr., 1. resp. 2. Hilfskraft 284,75 Fr., bzw. 214,40 Fr., 1. resp. 2. Stereotypseher 315,75 bzw. 300,75 Fr. In Zeitungsbetrieben mit sechsmal wöchentlich erscheinenden Blättern: Seher 283,25 Fr., Maschinenseher 295,25 Fr., Rotationsdrucker 295,25 Fr., Drucker 295,25 Fr., 1. resp. 2. Stereotypseher 298,25 bzw. 283,25 Fr. Für die Provinz, gelten folgende Minimallöhne: Dieß, Grammont, Renaix, Roulers, Tongres: Seher 255,60 Fr., Halst 208,50 Fr., Tirlemont 210,65 Fr., Bessines-Aix 211,55 Fr., Arlon, Ostende 240,45 Fr., Mons 240,20 Fr., Charleroi 248,70 Fr., Anvers 249,45 Fr., zu diesen Minimallöhnen treten die unter Brüssel verzeichneten Zuschläge für Zeitungsdruckereien resp. für Maschinenseher und Rotationsdrucker hinzu. Gehälter erhalten je nach den Druckorten: im dritten Beschjahre 77,90—99,05 Fr., im vierten Jahre 122,75—130,20—154,85 Frant., nach dem vierten Jahre 163,95—239,95 Fr. wöchentlich. Der neue Lohn ist berechnet nach einer Indexziffer von 806 Punkten. Für jede Tranche Steigerung oder Sinken der Indexziffer (10 Punkte) tritt eine Erhöhung oder Herabsetzung des Minimums um 2,75 Fr. ein.

Frankreich. Das Arbeitsministerium verfaßt einen Fragebogen über die eventuellen Konsequenzen einer industriellen Rationalisierung. In seiner Antwort auf dieses Rundschreiben drückt der Vorstand des französischen Buchdruckerverbandes die Ansicht aus, daß die Rationalisierung im Buchgewerbe, obwohl man sich im gegenwärtigen Augenblick nur auf Vermutungen stützen könne, wohl eine gewisse Beruhigung hervorgerufen werde. Demgemäß glaubt er, daß man vorerst die Arbeitslosenfürsorge in den Rahmen der sozialen Gesetze einbegreifen müsse, damit eventuelle Opfer der Rationalisierung mehr oder weniger schadlos gehalten werden können. — Die Untergruppe Verbund hat eine Bewegung eingeleitet, um ihren Minimallohn mit dem der Sektion Nancy in Einklang zu bringen. Die Bewegung in Nancy ist beendet bis auf vier Firmen von untergeordneter Bedeutung, deren Angestellte teilweise anderweitig untergebracht werden konnten. Wenigstens sucht durch geschlossenes Vorgehen seinen Lohn dem der Muttersektion Bordeaux angleichen, in Ausführung eines Beschlusses des letzten Regionalkongresses in Bordeaux. Biarritz, das bislang einen um 5 Proz. niedrigeren Lohn hatte, sieht nimmere sein Minimum auf 35,50 Fr. täglich erhöht, d. h. demjenigen von Bordeaux gleichgestellt. Bayonne, wo der Lohn um 10 Proz. niedriger war, als in Bordeaux, hat eine erste Aufbesserung in dem Sinne erlangt, daß die Differenz in Zukunft nur noch 5 Proz. betragen wird. Le Havre behält auf weitere drei Monate seinen gegenwärtigen Lohn, obwohl die Indexziffer ein Sinken des Minimums rechtfertigen würde. — Aus persönlichen Gründen ist der Vorstand der Sektion Brest zurückgetreten. Alle Versuche, einen neuen Vorstand zu bilden, schlugen bis jetzt fehl. Das Zentralkomitee sieht sich daher veranlaßt, die Sache in die Hand zu nehmen. Die Sektion Brest beschuldigt die dortige Gewerbeinspektion allzu großer Willkürigkeit gegenüber der Prinzipalität. Die Gewerbeinspektion sei einer Firma, die trotz mehrmaliger Verwarnung regelmäßig zehn Stunden pro Tag arbeiten lasse und außerdem behilflich sei, Berufsfremde zum Anlernen an der Sechsmaschine anzuwerben, in der Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sehr weit entgegengekommen. Der Verbandsvorstand hat die Direktion der Gewerbeaufsicht mit der Sache befreundet. Ähnlich gelagerte Anwerbungs- und Arbeitsbedingungen bestehen in der bekannten Modezeitung „Petit Echo de la Mode“ in Chatelaudren. Auch hier wird man aufzuklären versuchen. — Um den Anforderungen der modernen Gewerkschaftsbewegung

in jeder Hinsicht gerecht zu werden, bereitet das Zentralkomitee des französischen Bucharbeiterverbandes eine Revision des Verbandsstatutes vor, die der Beschlussfassung des nächstjährigen Kongresses unterliegen wird. — Der Generalsekretär des Verbandes, Kollege L i o n o n, ist zum Mitglied einer Unterkommission des Allgemeinen Wirtschaftsrates ernannt worden, deren Ziel darin besteht, Untersuchungen anzustellen über die allgemeine Lage der Buchindustrie und deren Arbeitsverhältnisse, um daraus die nötigen Anregungen und Forderungen zu ziehen. — In der Druckerei „E r m i n i a“ in S t r a ß b u r g wird das Organ der Heimatkünder, die durch den Prozeß von Colmar zu einer gewissen Berühmtheit gelangt sind, hergestellt. Wie sie eifrige Nationalisten sind, so scheinen sie auch in puncto Tarifgegnerhaft ihren Mann zu stellen, Mehrgeldestellen werden an der Sechsmaschine befristet, Hilfsarbeiter zur Bedienung der Rotationsmaschine herangezogen. Vorzuzug werden des Lokalvorstandes, Anhebung von Maßnahmen blieben ohne Erfolg. Die Firma ist demgemäß aus dem Verzeichnis der tariffreien Druckereien gestrichen worden. Die gleiche Maßnahme ist der Sackfabrik W i t w e M e y e r, deren tarifwidriges Verhalten wiederholt erwähnt wurde, angedroht worden. — Infolge Steigens der Indexziffer erhalten in Lille die Belegschaften der Zeitungen eine Erhöhung des Tagelohnes von 2,22 Fr. für die Werkdrucker beträgt ab 1. Juli die tägliche Lohnerhöhung 0,60 Fr. Um zu der vereinbarten vollen Anpassung der Löhne an die Kosten der Lebenshaltung zu gelangen, fehlen noch 6 Fr., die ab 1. Oktober zu zahlen sein werden, so daß von diesem Datum ab, bei gleichbleibender Indexziffer, der Minimaltagelohn von 36 Fr. auf 42 Fr. steigen würde. Die andern Lokalgruppen der Lille Region werden ihre Löhne diesem Verhältnis anzupassen. — Das französische Verbandsorgan veröffentlicht eine Liste von Z u w e n d u n g e n, die seitens der Direktion des technischen Unterrichts den verschiedenen Sektionen des Bucharbeiterverbandes zum Besten der Lehrlingsfortbildungsschulen gewährt werden. Diese Subventionen betragen für Paris 10 000 Fr., Bordeaux 3000 Fr., Lyon 2500 Fr., für eine ganze Reihe weiterer Gruppen 1000 resp. 500 Fr. — Die Zeitung „Reveil du Nord“ in Lille, die seit längerer Zeit schon ihrem Personal bezahlte Ferien zugestanden hat, hat ihren bisherigen sozialen Einrichtungen eine Pensionskasse angegliedert, die bei 35jähriger Geschäftzugehörigkeit den Angestellten bei Erreichen 60. Lebensjahre eine Pension von 60 Proz. ihres Arbeitslohnes sichert. Bei 25jähriger Geschäftzugehörigkeit beläuft sich diese Pension auf 40 Proz. — Interessante Schlaglichter auf die A b- und Z u w a n d e r u n g im französischen Bucharbeiterverband vermitteln die in jeder Nummer des Verbandsorgans veröffentlichten Aufnahmefeststellungen neuer Mitglieder, sowie die Ausschlußanträge der Ortsgruppenverbände. In einer der letzten Nummern finden wir z. B. die Sektion Paris mit 50. Aufnahmefeststellungen, wobei die Zahl der Ausschüsse für 131 Mitglieder der Ausschluß beantragt. Bekanntlich ist der französische Verband ein Industrieverband, und daraus erklärt sich einigermaßen die allzu große Indifferenz weiter Kreise von Mitgliedern, die heute dem Verbandsbeitreten und schon nach kurzer Zeit wegen Nichterfüllung ihrer Pflichten von den Listen gestrichen werden müssen. Man begreift aber auch unter solchen Umständen sehr wohl das Bestreben der Verbandsleitung, durch weiteren Ausbau der Verbandsunterstützungseinrichtungen die Mitglieder stärker an Verbands zu interessieren. Im Verbandsorgan rekapituliert Kollege Laugerville die Folgen, die der Ausschluß resp. der Austritt aus dem Verbands für die Mitglieder hat, besonders in bezug auf die Berechtigung zur Invalidenunterstützung. Dem französischen Verbands steht in dieser Hinsicht noch ein weites Feld offen, und Aufklärung tut dringend not.

Amerika. In der deutsch-amerikanischen „Buchdruckerzeitung“ vom 15. Juli nahm ein Kollege aus Philadelphia Stellung zur bevorstehenden W o r l d P r i n t e r s C o n g r e s s f ü r die International Typographical Union, bei der sich Administrative und Progressive um die Palme streiten. Der Ausgang der Wahl müsse zeigen, ob es nur ein Kampf um die Amterschaft, oder ob in bezug auf Organisation, Agitation und Propaganda mehr geleistet werden soll als bisher. Sei letzteres der Fall, werde es an der tatkräftigen Unterstützung der „Deutsch-Amerikanischen Typographia“ nicht fehlen. Gleichzeitig bricht der Kritiker über eine Lasse für den Anschluß der amerikanischen Buchdrucker an das Internationale Buchdruckersekretariat, indem er den aus der Wahl hervorgehenden Vorstandsmitgliedern die Verwirklichung des lange gehegten Wunsches auf Anschluß an die Buchdrucker-Internationale dringend nahelegt. Sein Appell gipfelt in folgenden Sätzen: „Heute, zu einer Zeit der internationalen Zusammenkünfte und Verständigungen, zur Zeit des Weltverbundes und des Weltgerichtshofes, sollte es für die Internationale Typographical Union geradezu ein natürliches Bedürfnis sein, sich der bestehenden Buchdrucker-Internationale in Europa anzuschließen. Nimmer kann es schaden. Denn wenn man eine Organisation ausbauen und festigen will, muß man die geistigen Bausteine zusammentragen wo nur möglich. Und in dieser Beziehung bietet die Buchdrucker-Internationale etwas. Das wäre nicht nur ein Schritt vorwärts, sondern würde auch der neugewählten Administration zur Ehre und Anerkennung gereichen.“ Man kann nur wünschen, daß die zukünftige Leitung der englisch-amerikanischen Gesamtorganisation der Frage des Anschlusses an das Internationale Buchdruckersekretariat in Bern baldigst ernsthaft nähertritt. Es ist wahrlich hohe Zeit zur Erfüllung dieser Selbstverständlichkeit!

Warnung vor Auswanderung nach Amerika

Im „German-American Commerce Bulletin“, dem Organ des Ausschusses für den deutsch-amerikanischen Handel, wurde vor kurzem eine beachtenswerte Warnung vor einer Auswanderung nach Amerika veröffentlicht, die zu Ruh und Frommen hier wiederholt sei: „Der Ausschuss für deutsch-amerikanischen Handel erachtet es als seine Pflicht, die Aufmerksamkeit auf die Schwierigkeiten zu lenken, denen deutsche Einwanderer, zumal solche des technischen und kaufmännischen Faches, hier bei der Stellensuche begegnen. Der Umfang und die Dauer der gegenwärtigen Geschäftslage entzieht sich genauen Schätzungen, jedenfalls aber möchten wir die Auswanderungslustigen in Deutschland warnen. Sie müßten hier gegebenenfalls mit der Möglichkeit rechnen, für geraume Zeit arbeitslos zu bleiben.“

Diese gutgemeinte Warnung bezeichnete der „Vorwärts“, das sozialdemokratische Volksblatt in Milwaukee, als gewiß zeitgemäß und knüpfte daran folgende Betrachtungen, deren Beachtung auswanderungslustigen Kollegen gar nicht dringend genug empfohlen werden kann: Die Zeichen der Zeit sind für Zuwandernde zurzeit weniger verheißungsvoll, als seit langem Jahren. Es ist nur ein geringer Trost, daß wir bei der Mangelhaftigkeit der amtlichen, wie der gewerkschaftlichen Arbeitslosigkeitsstatistik auch nicht annähernd genau wissen, wie groß das Loch ist, das die rauhen Tatsachen bereits in den arabischen Mächtigepflicht von der amerikanischen Prosperität gerissen haben. Man streitet sich in den fünf bis unsehbar „großen“ Blättern darüber, ob wir „nur“ zwei Millionen Arbeitslose haben, oder ob es deren gar vier oder sieben Millionen gibt.

Weniger als ein paar Millionen sind es jedenfalls nicht, die im gelobten Lande des allgemeinen Wohlstandes einstecken keine andere Beschäftigung finden, als die Hungerpfoten zu fangen, und die Erwerbslosenunterstützung ist bekanntlich für unser humanes Land noch nicht erfunden. Unter keinen Umständen enthalten die Verhältnisse auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt für Deutsche, oder überhaupt Leute, die ihre Lage zu verbessern wünschen und zu Hause nicht gerade von einer schinesischen Hungerpest bedroht werden, jetzt einen besonderen Anlaß dazu, ihr Glück gerade in den Vereinigten Staaten zu versuchen, zumal, wenn sie weder das Land, noch seine Sprache kennen.

Sowohl Auswanderungslustige der Alten Welt, wie auch ihre hiesigen Verwandten und Freunde, die etwa um Rat und Hilfe angegangen werden, tun gut daran, die von so beruher Seite kommende Warnung nicht in den Wind zu schlagen. Ein vorzeitiger Schritt in solchen Dingen kann nur Schaden bringen. Die Deutschen sollten sich nicht von dem amerikanischen Wandererelends feiner zu lernen, denn manche von ihnen werden mit Fingern und Bettelstiefeln frühgeingewandelter Landsleute, förmlich überflüssig.

Wer es mit unseren Stammesbrüdern und -schwestern in der alten Heimat gut meint, rate ihnen, zu Hause zu bleiben, bis die Verhältnisse hierzulande sich einigermaßen geklärt haben. Keinem der Auswanderungslustigen in Deutschland und anderswo, braucht daran zu liegen, auf die Liste der „Glücklichen“ gesetzt zu werden, denen die deutsche Quote des nächsten — am 1. Juli begonnenen — Einwanderungsjahres die Tore unseres Landes öffnen soll.

Auch den „Gelehrten“ und in erster Linie den deutschen Buchdruckern, gilt diese Warnung. Sie sind hier beinahe noch über daran, als ungelernete Arbeiter, doch auch dieser findet hier einen Wettbewerb vor, bei dem er nicht mitkommt. Ob diese Arbeitslosigkeit auf schlechte Zeiten im allgemeinen zurückzuführen ist, oder ob man es mehr mit einer natürlichen Folge der Rationalisierung und Mechanisierung der Produktion zu tun hat — die heute mit viel weniger Arbeitern auskommt, als vor zehn Jahren, und trotzdem eine größere Gütermenge auf den Markt wirft als damals — braucht hier nicht erörtert zu werden.

So oder so erweist sich die kapitalistische Wirtschaftsweise als unsäglich, die arbeitenden Massen vor dem äußersten Elend zu schützen. Alle Auswanderungslustigen in deutschen und anderen Ländern sollten jedenfalls wissen, daß mehr Arbeitskräfte hierzulande jetzt nicht gebraucht werden, und wer klug ist, zieht daraus die richtige Schlussfolgerung.

Das Karl-Höger-Heim in Niederösterreich

Geflehtlich der Sängerfahrt der Berliner „Typographia“ in der Zeit vom 2. bis 10. Juni d. J. war es — wie schon in Nr. 65 kurz berichtet — einem Teile der Berliner Gäste vergönnt, das Karl-Höger-Heim in Innermanzing zur Waisen- und Jugendfürsorge des Gaues Niederösterreich (Wien) des Reichsvereins der Buchdrucker und Zeitungsarbeiter Österreichs näher kennen zu lernen. Dieses in jeder Beziehung imposante Heim liegt oberhalb Innermanzing auf einer luftigen Anhöhe des freundlichen Laabentales, in der Nähe des Schöpfers, des höchsten Punktes des vielbesungenen Wiener Waldes. Es wurde geschaffen zu dem Zweck, Kindern und Waisen von Buchdruckern einen stützenden Ferienaufenthalt in frischer, wüchziger Waldluft zu bieten. Der Grundgedanke zu dieser schönen Tat liegt schon Jahrzehnte zurück. Die 1889 gegründete humanitäre Tischgesellschaft „Die Gutenberger“, die bei ihrer Gründung nur 18 Druckerkollegen zu ihren

Mitgliedern zählte, hatte die Aufgabe, sich der Witwen und Waisen von Kollegen anzunehmen. Dieser edle Zweck führte dieser Vereinigung immer mehr unterstützende Mitglieder zu, so daß sie schließlich im Jahre 1907 von der Erkenntnis, daß der heranwachsenden Jugend am besten durch einen Ferienaufenthalt gebietet ist, zur Tat schreiten konnte und zu diesem Zwecke in dem Orte Klengbach im Wiener Wald, zur Einrichtung einer Ferienkolonie für Waisen, ein Anwesen in Pacht nahm. 1912 wurde von den „Gutenbergern“ in Innermanzing bei Neulengbach (an der Westbahn, etwa 45 Kilometer von Wien und noch etwa zwei Wegstunden von der Bahn entfernt) in luftiger Höhe eine herrliche Waldvilla errichtet, die für die Unterbringung von etwa 30 Kindern in Aussicht genommen war. Die „Gutenberger“ gewannen durch ihr edles Streben unausgeseht viele Freunde, und ihr Tätigkeitsgebiet erfuhr eine ständige Erweiterung. In der Folge wurden die drei humanitären Institutionen der Wiener Buchdrucker, der schon 1883 gegründete „Wohltätigkeitsverein“ (dessen erster Obmann Karl Höger war), der „Herbergsverein“ und „Die Gutenberger“ in zwei Sektionen (der Waisen- und Jugendfürsorge und Kostfandsgruppe) und der Herbergsgruppe) zusammengefaßt und als Nebenabteilung der großen Mutterorganisation, dem Reichsverein, Gau Niederösterreich, angegliedert. Der Beitrag für diese beiden Sektionen wurde für alle Mitglieder des Gaues obligatorisch. Mit dem wöchentlichen Gewerkschaftsbeitrag von derzeit 4 Schilling wird ein Gaubeitrag von 20 Groschen erhoben; von denen auf die Jugend- und Waisen- sowie Kostfandsgruppe 13 Groschen, die Herbergsgruppe 3 Groschen und die restlichen 4 Groschen zu gleichen Teilen auf den Gau- und Jubiläumsbeitrag entfallen. (Aus den Gaumitteln werden ausgesteuerte oder nichtbezugsberechtigte Kollegen unterstützt und Unterstüzungen an die Ortsgruppen gewährt, während von dem Jubiläumsbeitrag die Kosten für die Veranstaltung von Kollektiv-Berufs-Jubiläumstagen gedeckt werden.) Mit dieser Obligatorisierung des Beitrages für die Humanitätswerte erfuhr die so gegenständige Arbeit der Waisen- und Jugendfürsorgegruppe eine besondere und notwendige Förderung. Die Zahl der Kinder — nicht nur Waisenkinder —, die in Innermanzing freundliche Unterkunft und gesundheitsliche Erholung fanden, vermehrte sich von Jahr zu Jahr, so daß die Heimgruppe genötigt war, auch noch andere Baulichkeiten (so die Dorfschule) zur Unterbringung der erholungsungrünigen Schützlinge in Anspruch zu nehmen, was mit vielerlei Umständen verknüpft war und natürlich kein Dauerzustand bleiben konnte. Und so wurde die Leitung der Waisen- und Jugendfürsorgegruppe den Gedanken nicht mehr los, das unzulänglich gewordene Heim einer vollständigen Umgestaltung und bedeutenden Vergrößerung zu unterziehen, um so mehr, als mit der Schaffung des Reichsvereins und der damit verbundenen Aufnahme der Hilfsarbeiter in ihn ja auch die Waisen- und Kinder- sowie Hilfsarbeiter in die Fürsorge der Organisation einbezogen werden sollten. Die rastlosen, jahrelangen und vielseitigen Bemühungen der Leitung, um amlichen und auch andern Stellen außerhalb dem Mittelberkeise die für den schon dringenden Ausbau des Heimes notwendigen geldlichen Mittel- und sonstigen Zuwendungen zu erlangen, hatten vollen Erfolg. Die Wiener Arbeiterkammer stellte sich mit einem zinsfreien Darlehen von 60 000 Schilling ein mit dem Verprechen, auf die letzte Rate von 10 000 Schilling zu verzichten, und auch der Reichsverein stellte ein zinsfreies Darlehen zur Verfügung. So konnte nach Zustimmung der Reichsvereins- und der Gauleitung das große Aufbauprogramm ohne jede Mehrbelastung der Kollegenschaft durchgeführt werden. Bauplan und Kostenvoranschlag wurden uneigennützig im Wiener Stadtbauamt überprüft. Am 12. August 1926 wurde das neue vergrößerte Heim feierlich eröffnet. Das neue Heim ist eines der schönsten Ferienheime Österreichs (die sich gemeist im Besitze oder in der Verwaltung des sozialdemokratischen Vereines der Schul- und Kinderfreunde befinden) und ein solches Wahrzeichen nie erlahmender und nie versagender kollegialer Hilfsbereitschaft gegenüber den Kindern; es hat elf lichte und luftige, große und kleine Schlafkammern mit blühenden Betten und Garderobekabinen und einen Belegungsraum für etwa 200 Kinder, einen großen Speisesaal mit Speisenaufzug, einen 350 Personen umfassenden, mit Klavier und Harmonium ausgestatteten Spiel- und Theateraal, eine große und eine kleine Betonveranda, eine Stufenveranda mit drei Unterteilungen, zwei Krankenpflegerzimmer, ein Ordinationszimmer mit Glasveranda und Borraum, eine große Küchenanlage mit Abwasch- und Lagerraum, eine Badeeinrichtung mit Dusche, Kanztäume, 15 Manfardenzimmer (auch für Urlauber), Wasserleitung im Gebäude, Waschanlagen, eine Heimwartwohnung usw. Obwohl selbst inmitten herrlichster Waldgegend gelegen, wurde durch Pflanzung von vier Tausend durch Drahtzaun umfriedeten Waldes der Spielraum im Freien für die luft- und sonnenhungrigen Großstadtkinder bedeutend vergrößert. Im abgelaufenen Jahre wurde das von den Helfern begründete Heim auch der Waisen und Kindern der Hilfsarbeiterschaft geöffnet, und auch Kollegenkinder aus der niederösterreichischen Provinz fanden dort freundliche Aufnahme. Zwei Gruppen von Kindern nahmen durch je fünf Wochen im Höger-Heim stützenden Aufenthalt. Der Anmeldung zur Aufnahme ins Heim muß ein schulärztlicher Befund beigefügt sein. Am Tage vor der Abfahrt werden die Kinder nochmals einer ärztlichen Untersuchung unterzogen und im Heim selbst von einem Arzt ständig besichtigt; zudem ist eine gepflanzte Pflegegärtchen mit der gesundheitlichen Aufsicht der Schützlinge betraut. Für die körperliche und geistige Beschäftigung sind fünf Lehrer vorhanden, die ihre pädagogische Aufgabe nach dem ge-

gebenen Prinzip, die Kinder zu freien, aufrechten, selbstbewußten, aufgeklärten und fröhlichen Menschen zu bilden, in bester Weise erfüllen. Die Körper- und Unterkunfts-pflege besorgen fünf Pflegerinnen, außerdem sind noch zwei Zimmermädchen, zwei Reinigungsfrauen und Wäscherinnen und in der Küche vier Personen beschäftigt. Die Tagesbeschäftigung der Kinder besteht in modernen Gesundheitsfrühlern, Veranstaltung von Spielen und auch Freizeitausführungen, Ausflügen, Spaziergängen, Lehrwanderungen, lustigen Nachmittagen, Baden, Schwimmen, Wasserspielen und Kahnfahrten, Handfertigkeiten und Kunstarbeiten. Eine Bäckerei und verschiedene Spiele bringen die Kinder über die Langeweile bei schlechtem Wetter hinweg. Sehr beliebt bei den Schülern und von hohem sittlichen Wert sind die feierlichen Sonntagsfeiern, die bei schönem Wetter im Walde stattfinden, von den Eltern gern besucht werden und auch in ihnen eine freudige Erregung auslösen. Die Verpflegung der Heimkinder ist natürlich die denkbar beste und reichlichste; täglich werden fünf Mahlzeiten verabreicht. Mittags gibt es zumeist Suppe, Fleischspeise, Gemüse, Mehlspeise und Obst oder Kompott, abends Suppe, Gemüse, Würstel, Selschfleisch oder dergleichen. Die Gewichtszunahme der Heimkinder schwankt natürlich, beträgt aber durchschnittlich 2,30 Kilo. Die Führung des Heimbetriebes und seine Beaufsichtigung obliegt den Ausschussmitgliedern der emsigen und verdienstvollen Fürsorgektion, der als Obmann Kollege Hubert Bucheder mit allseits Aufopferung und Weitsichtigkeit vorsteht und sich allseits anerkannte besondere Verdienste um das Zustandekommen des neuen Ferienheimes und seine vorbildliche, zielbewußte Leitung erworben hat. In der Regel wird der Heimbetrieb Ende Juni aufgenommen und währt dann bis etwa Mitte September. In das Heim aufgenommen werden nur schulpflichtige Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren. Die Verpflegungskosten der Eltern betragen derzeit für ein Kind 1,50 Schilling, für zwei Kinder aus einer Familie 1,20 Schilling und für drei und mehr Kinder aus einer Familie 1 Schilling (60 Pf.) pro Kind und Tag. Für von der Krankenkasse dem Heim zugewiesene Kinder zahlen die Eltern die vorstehenden Beiträge nur für die über 28 Tage währenden Aufenthaltstage. Außerdem ist noch das Fahrgehd zu entrichten. Für die Kinder der Arbeiterklasse wird ein täglicher Verpflegungskostenbeitrag von nur 30 Groschen und für Waisen ein noch niedrigerer Beitrag, je nach den sozialen Verhältnissen der Witwen, erhoben; ein weiterer erfreulicher Beweis von Opferfreudigkeit gegenüber den schwächsten Gliedern der Arbeiterklasse, gegenüber den Kindern der Arbeitslosen und Witwen. Zu den Betriebskosten des Högerheimes für das abgelaufene Jahr, die 2522 Schilling erforderten, steuerten nach dem Tätigkeitsbericht der Heimleitung die Eltern 7813 Schilling, die Krankenkasse 2100 Schilling und das Wiener städtische Jugendhilfswerk 5033 Schilling bei; die fehlende Institution entrichtet nämlich für jedes in das Heim aufgenommene Kind mit einem schlechten Schulmäßigen Befund einen Zuschuß. Mehr als die Hälfte der Betriebskosten wurde also aus den Mitgliedsbeiträgen gedeckt, von denen der Fürsorgektion im Vorjahre 47 973 Schilling zuzuschießen. In früheren Jahren stellte sich auch der Staat mit einem, freilich nur sehr geringen, Zuschuß ein; zu einer größeren Schenkung raffte er sich im Jahre 1925 auf, indem zufolge eines Ministerratsbeschlusses die Restzahlung eines aus den staatlichen Depots erworbenen umfangreichen Inventars zu einem um 80 Proz. ermäßigten Bezugspreis, 5000 Schilling, der Jugenderholungs-fürsorgegruppe erlassen wurde. In den Zeiten größter Not, in den Nachkriegsjahren und in der Inflationsperiode, stellten sich in brüderlicher Solidarität auch ausländische Kollegen mit Zuwendungen ein. In den Kindern wie in den Eltern kommt bei Inanspruchnahme des Erholungsheimes keineswegs das Gefühl auf, eine Art Geschenk oder Wohlthat zu empfangen, sondern es wird als



Die Hauptfront des Karl-Höger-Heims

ein Kraft der Zugehörigkeit zur Organisation wohlverordnetes Recht aufgeföhrt, diese segensreiche Einrichtung auch zu benutzen.

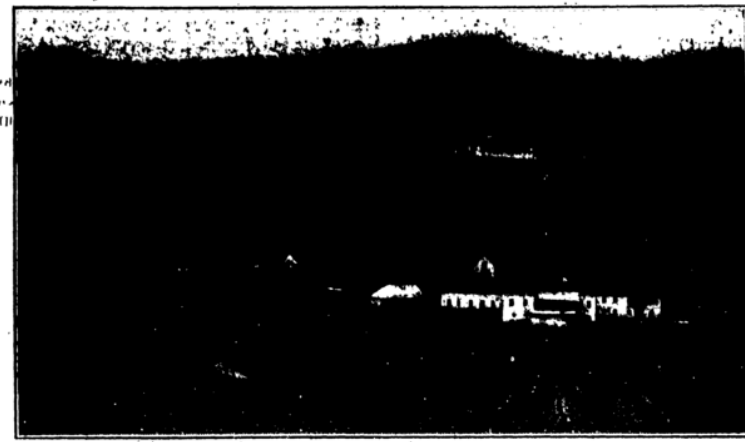
Ein alljährliches freudiges Ereignis im Höger-Heim ist der zweitägige Besuch der österreichischen Jungbuchdrucker, die dort kostenlos verpflegt werden und ein Schulbeispiel des Erfolges solidarischer Opfer- und familiärer Gemeinschafts-sinnes der Buchdrucker und der Geschlossenheit ihrer Organisation vor Augen haben. Wie tief ein derartiges praktisches Beispiel kollegialer Hilfsbereitschaft auf die jugendlichen Gemüter wirken muß, davon war uns die innerliche Ergriffenheit der Berliner Gäste ein Beweis, die am 7. Juni d. J. das Heim in Innermanzing besuchten.

Diese stille Stätte der Erholung ist nach dem hervorragenden, unvergeßlichen Führer der Wiener Buchdrucker, Karl Höger, benannt, der ein echter und rechter Gewerkschaftler und ein Wegbereiter des Sozialismus, ein treuer und unerschrockener Beschützer und nimmermüder Helfer aller Armen, Unterdrückten und Entrechteten war. Höger befelebte in der österreichischen Buchdruckerbewegung sowie auch in der allgemeinen Arbeiterbewegung mehr als ein Vierteljahrhundert hindurch nacheinander die verschiedensten Funktionen; er war u. a. Obmann der Tarifkommission, Redakteur des Wiener „Vorwärts“, nach Gründung des Verbandes der österreichischen Buchdruckervereine dessen

erster Verbandsobmann, Abgeordneter im österreichischen Reichsrat, Redakteur der „Volkstribüne“ (des damaligen Wiener Lokalsblattes der sozialdemokratischen Partei), und aus Liebe zu seinen Klassen-genossen und in Wahrung ihrer Interessen ging er in den Kerker. Högers Devise war: „Durch Kampf zum Sieg!“ Zum steten Andenken und in unausschöpflicher Dankbarkeit an diesen prächtigen Menschen ist im Ferienheim und am Wiener Verbandshause je eine Gedenktafel mit der Reliefbüste Högers angebracht worden. Die folgende Inschrift tragen: „Dem feurigen Kämpfer in den Kämpfen der Buchdrucker Österreichs, dem mächtigen Förderer ihrer Organisation Karl Höger, gest. 3. Oktober 1847, gest. 17. Oktober 1913. Zur bleibenden Erinnerung und in dankbarer Verehrung gewidmet vom Niederösterreichischen Buchdrucker- und Schriftgießerverein.“ (Dem Vorläufer des jetzigen Gaues Niederösterreich des Reichsvereins der österreichischer Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter.)

Nicht besser konnten die Kollegen Österreichs einen ihrer Besten und sich selbst ehren als durch die Errichtung des in die Zukunft weisenden Karl-Höger-Heims zu Zweeden der Waisen- und Jugendfürsorge in Innermanzing bei Wien.

Die Stätte, die ein guter Mensch betrat, ist eingeweiht; nach hundert Jahren klingt Sein Wort und seine Tat dem Enkel wieder.



Das Heim von Innermanzing aus gesehen

Die slawischen Eigennamen in der deutschen Schrift

Es gab eine Zeit, wo man sich über die Merkwürdigkeiten oder Provinzialismen in der Schreibweise slawischer Eigennamen keine Sorgen machte, sondern sie einfach nach Gutdünken dem allgemeinen deutschen Sprachgebrauch einverleibte. Inzwischen sind aber Provinzen, die früher zu Deutschland oder Österreich gehörten, zu eignen Staatsgebilden herausgewachsen. Damit haben sie zugleich zu ihrer Sprache zurückgefunden, die nach einer Zeit schwerer Unterdrückung eine sorgfältige Aufriktion erfahren und fortgesetzt gepflegt wird. Deutschland ist das Geschick zugefallen, solche Staaten im unmittelbaren Nachbarverhältnis zu sich zu haben, was bezeugt, daß die Sprachen dieser Länder durch ihre Nähe auf ganz natürlichem Wege zu uns herüberwechseln. Wir sind gezwungen, uns mit ihnen zu befassen, und dabei natürlich genötigt, ihren Sonderheiten mehr als bisher Rechnung zu tragen. Im beschränkt-nationalen Charakter der deutschen Fraktur-schrift — die doch bei weitem ausschlaggebend ist — liegt es, daß wir diesen Sonderheiten nicht in vollem Maße Rechnung tragen können, selbst wenn wir den Willen dazu hätten. Das ist wohl die Hauptursache, weshalb wir heute in der Schreibweise slawischer Eigennamen durch Fraktur einem unentwerrbaren Chaos sehr nahe gerückt sind, so daß die Namen oftmals weder ausgesprochen noch verstanden werden können. Das trägt dazu bei, die an und für sich schon unbeliebten slawischen Sprachen noch mehr in Mißkredit zu bringen. Einesteils sind die Gründe, die zu dieser Vernachlässigung führten, zu suchen in dem Umstand, daß die Fraktur-schrift

keinerlei Akzente kennt, die bei der Wiedergabe slawischer Namen eine Notwendigkeit sind. Andernteils sträubt man sich, die Namen zu umschreiben und ist mit allen Mitteln bemüht, sie buchstabengetreu der Ursprungssprache zu entnehmen, obwohl gerade dieses Verhalten nutzloses Mühen ist.

Auch Hellwig beklagt sich in seinem in Klimschs Graphischer Bibliothek erschienenen Buche „Satz und Behandlung fremder Sprachen“ über die Verunglimpfung von Eigennamen, und er sagt wörtlich in bezug zum Französischen: „Häufig ist die Verunstaltung von Eigennamen aus bloßer Bequemlichkeit oder gar aus Eigenfönn, keine Akzentbuchstaben zu verwenden, besonders wenn neue, noch unbekante Namen auftauchen. Deshalb sei nachdrücklich empfohlen, die französischen Fremdwörter so zu schreiben, daß ihre Aussprache und ihr Sinn aus der Schreibung unzweifelhaft ersichtlich ist, sei es nun nach französischer oder deutscher Schreibweise.“ Hier muß ich neben der Unterstreichung dieser Auffassung hinzufügen, daß man mit dem Französischen geradezu sympathisiert, wenn man einen Vergleich zu der Behandlung slawischer Namen ziehen will.

Nehmen wir erstmal die slawische Hauptsprache: das Russische. Durch den Umstand einer eignen Schrift wird uns aufgezwungen, jedes Wort und jeden Namen durch unsere eignen Laute zu umschreiben. Wir tun es, so gut wir es können, obwohl von einer Einheitlichkeit keine Rede sein kann. Aber wir sind berubigt, es nach bestem Wissen umschrieben zu haben, weil kein Vorbild vorhanden ist, daß in einer uns verständlichen Schrift eine Anlehnung finden kann.

Zwei Richtlinien haben sich in der Umschreibung des Russischen herausgebildet, die eine Form erkennen lassen. Die eine geht dahin, die russischen Eigennamen rein

phonetisch zu behandeln, also sprachgetreu zu schreiben (Woronoff, Tostoj, Ignatjew), während die andere eine möglichst getreue Wiedergabe aller Einzelheiten des übernommenen Namens bevorzugt und Buchstabe für Buchstabe (durch die entsprechenden deutschen Buchstaben, nicht aber Laute, transkribiert) dem Original nachschreibt, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch eine falsche Aussprache zustande kommen kann (Woronow, Tostoi, Ignatiow).

Beachten wir das Russische in seiner Umgangssprache, so werden wir finden, daß darin die Phonetik sehr festen Fuß gefaßt hat und zur Nachahmung empfohlen werden könnte, denn der Russe umschreibt alles, was ihm fremd scheint, mit seinen Lauten, so wie er sie auszusprechen gewohnt ist. Durch ein umfassenderes Alphabet (es enthält 31 Buchstaben) gelingt es ihm auch meistens, die Umschreibung aus fast allen Sprachen lautegetreu wiederzugeben.

Wenn wir die Sprache unfres unmittelbar östlichen Nachbarn, das Polnische, in Augen-schein nehmen, so fehlt ihm zu allererst die eigene Schrift; er bedient sich des lateinischen Alphabets, allerdings mit einem beträchtlichen Reichtum an Akzenten. Die Antiqua verleiht den Deutschen dazu, wohl buchstabengetreu die dem Polnischen entkammenden Eigennamen zu übernehmen, ohne aber auf die Akzente achtzugeben, in Verkennung der Tatsache, daß akzentuierte Buchstaben einen ganz andern Laut ergeben, denn die polnische Akzentuation ist beiseite nicht einer Betonung gleichzusetzen.

Deshalb sollten wir uns entscheiden — und das ist hier die große Frage, zu der ja auch Hellwig, wie oben erwähnt, Stellung nimmt —, ob wir in der Phonetik nicht bessere Hilfskräfte für ein verständlicheres Handhaben der uns sonst vollständig fremd vorkommenden polnischen Eigennamen vorfinden, indem wir diejenigen polnischen Laute,

Amerikas wirtschaftliche und soziale Struktur

Wir haben bereits auf den Amerika-Bericht des englischen Studienausschusses verwiesen und wollen heute die Ansicht des Ausschusses über Amerikas wirtschaftlichen Aufschwung wiedergeben. Es heißt da im Bericht: „Die mit dem zwanzigsten Jahrhundert beginnende rapide Ausdehnung der Industrie greift immer mehr zu dem Mittel der Kartellierung und Trustifizierung. Die Entwicklung geht dahin, daß die kleinen Unternehmungen von den großen aufgelöst werden. Die größte industrielle Konzentration ging in der Zeit von 1914 bis 1919 vor sich. Der Krieg erwies sich (für Amerika!) als ein gewaltiger Motor zur Ausbreitung der Industrie. Das Wertwilde bei der Entwicklung erkennt man aus folgenden Zahlen: Die Unternehmungen, die mehr als 1000 Arbeiter und Angestellte beschäftigten, vermehrten sich von 648 mit 1 255 250 Lohnempfängern in 1914 auf 963 mit 2 112 827 Lohnempfängern in 1923. In 1923 waren 25 Proz. aller Lohnempfänger in 1 Proz. der vorhandenen Unternehmungen beschäftigt. Die Zahl der Unternehmungen mit einem Umsatz von mehr als 100 000 Dollar belief sich in 1923 auf 5,2 Proz. aller Unternehmungen, diese aber beschäftigten 57,1 Proz. aller Lohn- und Gehaltsempfänger, die wiederum 69,4 Proz. aller Industrieprodukte erzeugten. Die Unternehmungen mit einem Umsatz von 100 000 Dollar machten 68,5 Proz. aller Unternehmungen aus, sie beschäftigten aber nur 10,4 Proz. aller Lohnempfänger und erzeugten nur 6,8 Proz. der Industrieprodukte des Landes.“

In seiner Zusammenfassung spricht sich der Ausschuss lobend über das System der „horizontalen Trusts“ aus. Die Vorteile der gutorganisierten Trusts seien vielseitig. Sie ermöglichen eine verbilligte Produktion und wirken wohlwollend auf die Preisgestaltung, was wiederum einen erweiterten Markt, mehr Arbeitsgelegenheit und höhere Löhne zur Folge habe. „Zusammenfassung verwandter Industriezweige zu einem großen Konzern, macht die Verwaltung nicht schwieriger, die zu erzielenden Vorteile sind aber: geringere Produktionskosten auf allen Gebieten, und die einzelnen Betriebe können sich mit Leichtigkeit auf die Herstellung bestimmter Spezialartikel verlegen, was wieder preisbildend wirkt. Aber den Wert der amerikanischen Rationalisierung heißt es: „Die Wirkung einer vernunftgemäßen Rationalisierung drückt sich aus in einer Verringerung der Produktionskosten. Das Kostenkonto verringert sich ferner dadurch, daß vorhandene Vorräte besser an den Mann gebracht werden können. Auch wird eine größere Anpassung an die Mode ermöglicht und die Herstellung bestimmter Typen ist leichter zu bewerkstelligen.“

Aber das ins Riesenhafte gewachsene Abschlagszahlungs-geschäft heißt es: „Schätzungsweise werden jährlich auf dem Wege des Abschlagszahlungs-geschäftes mehr als für 1 200 000 Mill. Pfund Sterling (1 Pfund Sterling gleich 20 Mark) an Waren umgesetzt. Das ist mehr als der Geldwert des gesamten englischen Außenhandels eines normalen Jahres. Der auf Abschlag gegebene Kredit beträgt zu irgendeiner Periode des Jahres 550 Mill. Pfund Sterling. Zweifellos muß diese ganze Angelegenheit mit größter Vorsicht behandelt werden, jedoch ist nicht zu leugnen, diese Form des Handels ist ein beachtliches Mittel zur Hebung des inneren Marktes, wodurch die Prosperität der gesamten Industrie gesteigert wird.“

Das Abschlagszahlungs-geschäft hat sich besonders nach dem Kriege entwickelt. Der enorme Aufschwung der Auto-industrie ist dem System der Abschlag zuguschreiben: 75 Proz. aller verkauften Autos unterliegen demselben. Die Zahl der sich im Verkehr befindenden Autos, die in 1920 nur 9 281 000 betrug, war in 1925 auf 19 954 000 gestiegen.

die unserm Lautschall fehlen, nicht durch bequeme Fort-laffung des Akzents, sondern durch Umschreibung mit Lauten, die uns eigen sind und wie wir gewohnt sind, sie auszusprechen, erkennen. Natürlich werden wir uns damit begnügen müssen, einige Laute nur annähernd genau zu treffen, da unsere Aussprache eine ganz andre als die polnische ist. So wird es uns — im ganzen genommen — an der Weichheit fehlen und bei der Wiedergabe der Nasal-laute ist nicht zu vermeiden, daß die Feinheit der polnischen Aussprache unberücksichtigt bleibt.

Das Problem wird anfangs frapieren. Es stellt ein zu großes Nöuum dar für unsern Sprachgebrauch, als daß man sich sofort damit vertraut machen könnte. Man wird entsetzt sein über den Versuch eines vollständigen Bruches mit der Korrektheit u. a. m. Und dabei würden wir damit nichts anderes tun, als das, was man in jenen Sprachen mit den deutsch klingenden Namen längst getan hat: man hat sie seiner Sprache und seiner Schrift angepaßt, sie werden so behandelt, daß sie jeder lesen und leicht aus-sprechen kann, ein Wortteil, den wir bis jetzt aus stief-mütterlichste behandelt haben beim Vorkommen slawischer Eigenamen.

Der Pole umschreibt ohne weiteres im täglichen Gebrauch die rein deutschen Namen mit seinen Lauten: Fröh-lye, Friedrich-Fryderzyk, Flichel-Flyher, Wiesner-Wizner, Sedler-Sajder, Schneider-Sznajder, Schün-eich-Szejnach usw.

Warum sollten wir nicht mit demselben Recht die pol-nischen Laute durch deutsche ersetzen dürfen und sie unsern Sprachgewohnheiten unterordnen? Der Vorteil eines solchen Handhabens liegt auf der Hand und selbst der Übergang dazu dürfte nicht allzu große Schwierigkeiten bereiten. So könnten wir zum Beispiel schreiben: statt

Die Hochkonjunktur, die nun seit 1922 anhält, wurde vor allem eingeleitet durch eine großartige Belebung des Baugewerbes und durch die Autoindustrie, die jetzt direkt und indirekt 2½ Millionen Menschen beschäftigt gibt.

Aber die Lohnfrage macht der Bericht interessante Fest-stellungen. Es heißt über diesen Punkt: „Zweifelloso lüch-ten sich die Unternehmer bei der in 1921 einsetzenden Krise durch Lohnkürzungen auf der ganzen Linie zu helfen. Dort, wo die Gewerkschaften stark waren, widerlegten sich diese mit Erfolg gegen die Politik des Lohnbruchs. Am stärksten trat der gewerkschaftliche Gegenstand im Bergbau, im Buchdruck und im Baugewerbe in die Erscheinung. Nach-dem sich herausstellte, daß die Widerstände der Arbeiter zu groß waren, ließ man das System der Lohnkürzung fallen und probierte es mit der Rationalisierung. Es entstand das System der Massenproduktion mit verbilligter Ware. Dadurch, daß man die Kaufkraft der breiten Masse des Volkes zur größten Blüte brachte, war das Mittel zu einem vorher ungeahnten Aufschwung der gesamten Industrie gefunden.“

Allerdings darf man nicht glauben, in Amerika sei die wirtschaftliche Not unbekannt. Aus der Schuhindustrie kommen Klagen darüber, man sei nicht in der Lage, An-gebot und Nachfrage zufriedenstellend zu lösen. In seinem Bericht von 1925 erklärte der Arbeitsminister: 14,5 Proz. aller Schuhwarenfabriken beschäftigten 60 Proz. aller Ar-beiter der Industrie, die 65,6 Proz. aller Schuhwaren er-zeugen. Diese 14,5 Proz. der Betriebe könnten bei geregelter Arbeitszeit während 100 Tage im Jahre den gesamten Schuhbedarf decken. Nun kennt man aber auch in Amerika keine planmäßig betriebene Industrie, da die Produktions-form auch dort nach kapitalistischen Grundgesetzen geleitet wird, und das Ergebnis ist Erwerbslosigkeit. Man kennt weder eine staatliche Erwerbslosenversicherung, noch Arbeits-nachweise, auch gibt es keine amtliche Statistik über die Zahl der Erwerbslosen. Schätzungsweise betrug die Zahl der Erwerbslosen im Krisenjahre 1921 nicht weniger als 1½ Millionen. Man hat ferner berechnet, daß von den 12 Millionen Lohnarbeitern, die es in Amerika gibt, immer 1 500 000 erwerbslos sind. Diese Zahl sei aber exzessiv für den Kranken und derer, die nur vorübergehend erwerbslos seien. Das Fehlen einer sozialen Gesetzgebung muß auf die ärmsten Schichten der Bevölkerung sehr drückend wirken, da es auch keine gezielte Wohlfahrtspflege gibt. Diese Seite der Frage hat Gewerkschaften und Unternehmer immer wieder angezogen nach Mitteln und Wegen zu suchen, hier helfend einzugreifen. Allgemein herrscht die Ansicht, das Unternehmertum sei verantwortlich für die Arbeitslosigkeit und müsse deshalb auch Mittel zur Einber-ung der durch diese hervorgerufene Not bereistellen, was in der Praxis nicht so einfach geht. B. W. Fingar z.

Korrespondenzen

Annaberg. Buchhof. (Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung am 21. April konnte ein ausgereicherter Kollege als Mitglied aufgenommen werden. Im übrigen verlief die Versammlung recht reibungslos, so daß es zu verschiedenen Amtsniederlegungen kam. Die Kasse wies einen Bestand von 385,50 M. auf. — Die Versammlung vom 12. Mai war in Anbetracht der wichtigen Tages-ordnung sehr gut besucht und verlief ebenfalls recht lebhaft, nur mit dem Unterschied, daß die Vernunft wieder einge-kehrt war. Die freigewordenen Posten wurden zum Teil von anderen Kollegen eingenommen. Für die Bibliothek wurden neue Bücher angeschafft, u. a. Tischklob „Die neue Typographie“. Zum 60-jährigen Jubiläum in Chemnitz wurde für jeden Teilnehmer ein Betrag aus der Orts-vereinstafel bewilligt. Verzichtete Neureisungen am Orte fanden Erledigung, wie z. B. das Befahren der Quittungs-bücher bei den Druckereifaktoren. — In der Versamm-

lung am 16. Juni konnte konstatiert werden, daß zur 60-Jahr-Feier in Chemnitz eine stattliche Anzahl Kollegen anwesend war, die mit Befriedigung an diese Feiertagen zurückdenken wird. Das Jubiläum am 1. Juli in Gestalt eines Ausfluges nach Böhmisch-Hammer-Unterwiesenthal war vom schönsten Wetter begünstigt und nahm unter starker Beteiligung einen guten Verlauf. Der Beschäfti-gungsgrad am Orte ist ein guter zu nennen, so daß von Arbeitslosigkeit wenig zu spüren ist. — Die Stereotypure des Gnaus Erzeberger-Verlags am 14. Juli ihre halbjährige-Hauptversammlung in Annaberg ab. Hier haben die Kollegen einige angenehme Stunden verbracht. Sie konnten aber auch zugleich feststellen, daß die „Kongressstadt“ recht angezogene Preise hatte. Sie lernten die Klagen und den Ruf nach höherem Sozialaufschlag verstehen. ab.

Wu. Berlin. (Handseker.) Eingangs unserer Juni-Ver-sammlung gab Kollege Fietz unter „Verens-mittlungen“ bekannt, daß anlässlich der „Presse“ am 16. September d. J. in Köln ein Rheinisch-Westfälischer Handsekerstag stattfand, und vermahnte auf die am kommen-den Sonntag erfolgende zweite Führung durch die Groß-funktionäre. Für die zum Herbst in Gemeinschaft mit dem Bildungsverband einzurichtenden Kurse seien trotz mehrmaliger Aufforderung einige besonderen Wünsche aus Mitgliedskreisen geltend gemacht worden; doch sei ein „Kursus für Sachverständige“ neu in Aussicht genommen. Über „Eindrücke und Erfahrungen der Kursteilnehmer“ informiere ein Schreiben des Lehrers Meyer an den Vorstand. Die seit April bestehende Einkassierung der Spartenbeiträge durch den Gau wirkte sich für uns recht erfreulich aus: neben stetigem Mitgliederzuwachs sei ein allmähliches Verschwinden des Restanteumwelsens zu verzeichnen. Bei Zugang von außerhalb soll innerhalb der Betriebe darauf geachtet werden, daß die zureisenden Kollegen nicht als Lohnrücker wirken, eventuell sei durch Weitermeldung an den Gauvorsitz für entsprechende Abhilfe zu sorgen. Kol-lege Fietz machte noch auf eine in der „Berliner-Aus-kunft“ der „Typographischen Mitteilungen“, Jahrgang 1928, Heft 4, erschienene, dem Tact nicht entsprechende Berechnungsart von Monographien auf 9, 11 und 13 Punkte Regelsätze aufmerksam und erteilte sodann dem Kollegen Schuber das Wort zu seinem Vortrage: „Was muß der Handseker von der Galvanoplatte und Stereotypie wissen?“ An Hand reichhaltigen Anschauungsmaterials aus der Praxis und mit Hilfe von zeichnerischen Dar-stellungen entwickelte der Vortragende die Entstehung eines Druckstoffs auf elektrischem Wege. Das Vorbereiten des Saiges (gutes Ausschließen, Zurückziehen der Ritzsche, passen-der Durchschlag), das Prägen der Wachsplatte, Graphitieren derselben und Einhängen ins Kupferbad, Hinterelegen des Niederstages und weiteres Bearbeiten der Platte bis zur Druckreife wurde in überzeugender, leichtverständlicher Weise geschildert. Holzschritte werden unter leichtem Druck nur in Wachs, Autotypien in 1 mm harter Weichbleiölle unter starkem Druck (1 kg auf 1 qcm) geprägt. Lebhaftem Interesse begegnete die Erläuterung der Herstellung früherer Wertpapiere und der Briefmarken sowie des beson-deren Vorfahrens beim Prägen in Zinnfolie (50 Teile Zinn, 50 Teile Blei). Wünschenswert ist die Abkürzung werden im Siegelapparat auf die ursprüngliche Rundung gebracht, oder die fertige Folie wird im Rundstempel-Instrument mit Blei hinterzogen. Daß die Farbarten drucker“ aus-schließlich Galvano verwenden, sei bekannt. Sonst findet die Galvanoplatte noch Anwendung bei Herstellung von Metallplatten, Plaketten und dergleichen; bei sehr erhabenen (höchstehenden) Objekten werde die Prägung in Guttapercha bevorzugt. Eisenmiederlegungen (von Gemisch reinem Eisen) wurden nur noch in der Reichsdruckerei und in der Metallindustrie hergestellt, sind aber, da gesundheits-schädlich und nicht betriebssicher, sonst nicht mehr gebrauch-lig. Die Stereotypie für Streifen, vertritt der Vor-tragende die Meinung, daß die (früher von Hand her-gestellte) logenante „getrichene“ Mater, aus vier Seiden, zwei Wollpapier und einem Packbogen bestehend und durch ein Gemisch von Kleister mit Salpeterminerale oder Magnesia verbunden, qualitativ höherstehend sei als die heutige malchinische Waternprägung. Durch reichen Beifall dankte die Versammlung dem Redner für seine spannen-ten Ausführungen.

Dghrowsti—Dombrowsti, Zedrujewski—Zendruschewski, Wofeliet—Wofschicht, Jagoriti—Saguriti, Stragisti—Stghnjisti, Zeromiti—Szeromiti, Danielewicz—Danse-lewitschi, Wofschewowiti—Wofschijewowiti, Jodschewowiti—Sghjeshowiti usw.

Wenn wir dem Tischschinken unsere Aufmerksamkeit zu, so läßt sich eine gewisse Anlehnung an das Polnische fest-stellen, wenn auch ein Tischke das niemals zugeben wird. Die Akzente dienen fast durchweg demselben Zweck — also nicht der Betonung, sondern der Sprachvervollständigung — und liegen sich sehr ähnlich wie die polnischen umschreiben: ě durch icht, ě — je, ě — u, ě — ſh, ě — sch, ě — ſh u. a. m.

Es stellt die Intelligenz des Lesenden auf die Probe, wenn er fremde Eigenamen stehend aussprechen kann. Das trifft in bezug auf die westlichen Sprachen oft zu, weil man sich mit ihnen mehr befaßt. Sehr oft weiß man aber auch darin keinen Rat. Um wieviel bequemer für uns und entgegenkommender für den Träger des Namens muß es sein, wenn man ihn unter dem Namen kennt, unter welchem er benannt sein möchte.

Natürlich kann es nicht angehen, dieses Neuland nun ganz und gar den Buchdruckern zur Alleinbearbeitung zu überlassen; sie sind jetzt schon durch die Mannigfaltigkeit ihrer Muttersprache schweren Sorgen ausgelegt. Es sollte vielmehr Sache der Schriftkundigen sein, die doch so gerne fremde Eigenamen in ihre Arbeiten einschleichen, diese auch gründlich mit unsern Schriftzeichen lesbar und all-gemein verständlich zu umschreiben. Aber auch unsere Schrift-steller, Redakteure, Journalisten, die Vorsetzer der Tele-graphenbüreaus und so weiter sollten sich die Sache ange-legen sein lassen, denn sie legen gewissermaßen den Grundstein für das Zustandekommen jeder Druckzeile. Um

nochmal Sellwig zu zitieren, so sagt er hierzu: „Die Zei-tungsschreibern tragen an der ohzzerreichenden Aus-sprache solcher Namen und Bezeichnungen die Hauptschuld, was doch der Aufgabe der Tagespresse, ‚bildend‘ zu wirken, wenig entspricht.“

Greifen wir zur Phonetik in der Behandlung der slawi-schen Eigenamen und schreiben wir sie so, wie sie ge-sprochen werden sollen, dann ist geholfen in erster Linie den Lesern durch die Möglichkeit, diese Namen auch aus-sprechen zu können und sie nicht nur im Gedächtnis herum-tragen zu müssen; in zweiter Linie den Trägern der Namen selbst, indem man sie auch außerhalb ihrer Landesgrenzen darunter kennt, wie sie eigentlich heißen, und nicht gulecht den armen Buchdruckern, die dann in die Lage versetzt wären, diese Namen nach den Grundregeln ihrer Mut-ter-sprache zu behandeln und sich das zweifelhafte Vergnügen der Erlernung aller möglichen Sprachen ersparen könnten. Denn schreiben wir auch fernerhin buchstabengetreu, so ist es ganz selbstverständlich, daß die Eigenamen nach den Grundregeln der jeweiligen Ursprungssprache behandelt werden müßten. Die Beibehaltung des jetzigen Verfahrens ist zwar für die Manuskriptverfertiger sehr bequem, der Buchdrucker muß aber zusehen, wie er durch die geklitterten, nirgends im deutschen Lande verstandenen Sprachmög-lichkeiten slawischer Eigenamen auch weiterhin hindurch-balanciert.

So weit sei heute das Problem der Phonetik in der Um-schreibung der slawischen Eigenamen aufgestellt. Um-stellungsgeheße für die einzelnen Sprachen werden nicht lange auf sich warten lassen, wenn das Problem erst Fuß gefaßt hat und Anzeichen für seine Durchführung vor-handen sind. A. Naporewki.

Neustadt a. d. Sdt. (M a s c h i n e n s e h e r.) Die W a n d e r z a m m l u n g der Bezirksvereine Landau-Neustadt und Kaiserslautern am 24. Juni in Landau war von Kaiserslautern sehr gut, von Landau und Neustadt schlecht besucht. Zunächst wurde der festlich verstorbenen Kollegen Grün und Leebusch ehrend gedacht. Geschäfts- und Kassenbericht wurden ohne Beanstandung entgegengenommen. Kurze Aussprache löste das letzte Rundschreiben aus, besonders über die Vorgänge bei unfern französischen Spartenkollegen in Bordeaux. Kollege P r e i s i n g gab das Programm für das 25jährige Jubiläum des Gau's am 11. und 12. August in Mannheim bekannt. Um wieder einmal alle Kollegen aus dem weitverzweigten Gau zusammenzuführen, soll das Jahrgeld aus der Vereinigungsliste bezahlt werden. Recht interessant gestaltete sich der Vortrag des Kollegen P r e i s i n g: „Was zeigt uns die Presse?“ Die Versammlung dankte ihm durch reichen Beifall. „Lebensniss“ wurde der vorerückten Zeit wegen nur kurz behandelt. Unter „Verständnism“ wurde angeregt, die Zahlung der Mitgliederbeiträge bei längerem Kranksein auf der nächsten Generalversammlung neu zu regeln.

Kr. Würzburg. (H a n d l e c h e r.) Am Sonnabend, dem 14. Juli, mittags 12 1/2 Uhr, trafen sich die Handhänger zu einer W a n d e r z a m m l u n g am Hauptbahnhof. Der beschleunigte Personenzug brachte dann eine beträchtliche Anzahl Kollegen nach Schaffenburg, dem Ziel ihrer Reise. Der Vorsitzende des Schaffenburg-Ortsvereins, Kollege P a r r e r, begrüßte die Gäste am Bahnhof. Sodann führten wir zur Zellulose- und Papierfabrik. Die Besichtigung derselben war bei der Hitze im Freien und der Höllenglut im Betriebe selbst nicht gerade eine Erholung. Doch war es für uns als Buchdrucker sehr interessant und lehrreich, zu erfahren, welchen langen Weg das Papier zu gehen hat, ehe es in den Zustand kommt, wie es bei uns verbraucht wird. Auch an dieser Stelle sei der Zellulose- und Papierfabrik A. G. nochmals unser herzlichster Dank ausgesprochen. Am Abend vereinte uns ein Kommerz mit den Schaffenburg-Kollegen. Der Sonntag brachte uns wieder herrliches Wetter. Die Kollegen sahen sich die Stadt an und trafen sich um 10 Uhr in Ruhs Weinhaus, wo Kollege M a t t h. S c h u m a g e r seinen Vortrag über „Zweck und Ziele der Handhängerpartei“ hielt. Redner verwies in markanten Worten auf die Lage der Handhänger in früheren Zeiten und betonte die Notwendigkeit des Zusammenflusses zu einer Sparte. Eine sehr lebhaft diskutierte nach dem Vortrag zeigte, daß die Kollegen den Worten des Kollegen Schumader mit großem Interesse gefolgt waren. Den übrigen Teil des Tages verbrachten wir in der Mitte der Schaffenburg- und Offenbacher Kollegen, die an diesem Tage ihr Johannisfest feierten. Bald genug schlug für uns die Stunde des Abschieds. So brachte uns der Zug um 6 1/2 Uhr wieder von Schaffenburg in unsere Gefilde zurück. Den Schaffenburg-Kollegen auch hier nochmals unser herzlichsten Dank für ihre Mühe. Wir glauben, daß dieses ebt tollste Fest dazu beigetragen hat, das Freundschaftsband noch fester zu knüpfen.

Allgemeine Rundschau

Direktor Wintler F. In Berlin vertritt' am 20. Juli, morgen nach langer, schwerer Krankheit der Direktor der Buchdruckerei der „Deutschen Tageszeitung“ Paul Wintler. Der Verstorbene stand im 61. Lebensjahre. Als Mann der Praxis gehörte er zu den wenigen führenden Fachmännern im deutschen Buchdruckgewerbe, die trotz sonstiger gegenläufiger Anschauungen einer schieblich-friedlichen Verständigung in tariflichen und gewerblichen Fragen den Vorrang einräumen. Im Organisationsleben des Buchdruckergewerbes hat sich Herr Direktor Wintler an hervorragenden Stellen lebhaft betätigt. Er war früher Vorsitzender des Deutschen Faktorenbundes, und auch als Prinzipalvertreter hat er sich als Vorsitzender des Reichsgerichtsamts und stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Buchdrucker-Vereins als eine tatkräftige Persönlichkeit erwiesen. Sein allgemeindienliches Wirken für das Buchdruckergewerbe sichert dem nunmehr Abgeschiedenen auch bei der Gehilfenschaft ein ehrendes Gedächtnis.

Meisterprüfung. In Mainz hat der Kollege H a n s S e i m r i c h die Meisterprüfung mit Erfolg bestanden. **Weitere Einführung der Lehrlingsordnung.** Die Handwerkskammer zu Aachen hat in ihrer Sitzung vom 30. Juli, an der auch Vertreter der Tarifparteien im Buchdruckergewerbe teilnahmen, der Lehrlingsordnung nach nieder-sächsischem Muster mit ganz geringfügigen Abänderungen zugestimmt. Die Einführung soll nach erleiteter Genehmigung durch den Minister, die anstandslos erfolgen dürfte, sofort in die Wege geleitet werden. — Im Handwerkskammerbezirk Stettin sollen demnächst die Verhandlungen auf der Grundlage der westdeutschen Lehrlingsordnung aufgenommen werden.

Die Anstellungsbedingungen eines christlichen Verlagsunternehmens. Als solches bezeichnet sich die Saarbrücker Drucker und Verlag A. G. Und was dieser Verlag so ungefähr von einem einzustellenden Maschinenheuer verlangt, das entnehmen wir einem Schreiben, das diese Firma einem in „Klmsch“ inkonvertierten Kollegen zugeandt hat. Aber die einem Arbeiter mit Recht zugumutenden Arbeiten halten wir uns nicht auf. Interessant ist aber schon, daß die lebende Schicht zur Herstellung einer Montagszeitung zum Arbeitsverlag gehört und daß die Einkommensverhältnisse unter Aufzählung der verschiedenen tariflichen Aufschläge als durchaus günstig bezeichnet werden. Die Lohnverhältnisse im Saargebiet werden denen im Reich gleichgestellt, der Lebenshaltungsindeks wird um 20 Proz. niedriger bezeichnet. Und zu alledem ist dann die Firma noch bereit, 20 Fr. pro Woche über den Tarif zu zahlen. Dann aber kommt die entzündende Bedingung: „Unter unsem über dreihundert Köpfe zählenden Personal haben wir eine große Anzahl Mitarbeiter, die auf eine mehr als 20jährige Tätigkeit zurückblicken können. Wir wünschen daher, diesen gutsten Stamm nur durch bewährte, zuverlässige und ernstgefinnte Kräfte zu ergänzen, und legen als christliches Verlagsunternehmen Wert darauf, daß dieselben auch in weltanschaulicher Hinsicht auf unserm Boden stehen.“ Daraus geht also mit wünschenswerter Deutlichkeit hervor, daß die Weltanschauung und die Verbandszugehörigkeit den Aus-

schlag geben, Dinge also, nach denen ein Arbeitgeber zu fragen gar kein Recht hat. Aber die Christlichkeit eines solchen Verlangens gar nicht zu reden. Wer nicht auf dem der Firma genehmen Boden der Weltanschauung steht, der wird nicht eingestellt, der kann unter Umständen verungunnen. Wirklich christlich! Und daneben heißt es dann in dieser Zukrist: „Falls Sie diesen Voraussetzungen entsprechen, ersuchen wir Sie, Ihre ausführliche Bewerbung einzureichen mit flüssiger Darstellung des Werdeganges und Angabe des Alters, Familienstandes, der Konfession und Organisationszugehörigkeit, Beifügung von Zeugnissen und Referenzen und eventuell eines Lichtbildes.“ Es ist nur erfreulich, daß es noch Kollegen gibt, die es ablehnen, auf eine solche Gesinnungshinweise zu antworten. Wenn alle so handeln würden, dann hätten solche Firmen Zeit, über ihre ungehörigen Zumutungen nachzudenken.

Die Tagung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Köln. Auch der Deutsche Buchdrucker-Verein hat aus Anlaß der „Presse“ seine diesjährige Hauptversammlung für den 5. bis 8. September nach Köln einberufen. Verbunden damit sind die Tagungen der Berufsvereinschaft und der Feuerversicherungsvereinschaft sowie der zweite Internationalen Buchdruckerkongress. An der letzten Tagung werden nach Mitteilungen der „Zeitschrift“ 20 ausländische Organisationen teilnehmen, ein gewiß erfreuliches Zeichen des Interesses insbesondere für die „Presse“, die ja für solche internationalen Tagungen der geeignete Boden ist. Auf dem ersten Internationalen Buchdruckerkongress in Göteborg waren 16 ausländische Organisationen vertreten.

Steiger der „Presse“-Reise aus Übersee. Wie groß das Interesse des Auslandes an der Internationalen Presse-Ausstellung ist, geht aus der Tatsache hervor, daß in der Zeit vom 2. bis 9. August zwanzig amerikanische Reisegesellschaften, wovon jede bis zu 1200 Teilnehmer zählt, zum Besuch der „Presse“ in Köln gemeldet wurden. Die „Presse“ steht heute als Kulturschau von Weltruf im Mittelpunkt des internationalen Interesses und übt eine starke Anziehungskraft besonders auf internationale Reisegesellschaften aus. Das um so mehr, als der Besuch der Stadt Köln gleichzeitig die Möglichkeit zu wundervollen Rheinfahrten bietet.

Zur Frage des Personalausweises im besetzten Gebiet. Wir haben in Nr. 55 auf Grund einer Mitteilung aus dem Leipziger Gauverein einen eigenartigen behördlichen Dualismus zwischen Sachsen und Preußen zur Sprache bringen müssen, dessen Aufklärung resp. Beilegung besonders im Interesse der „Presse“-Fahrer gelegen war. In Leipzig war nämlich in der Tagespresse auf Grund polizeilicher Information gemeldet worden, daß als Ausweis zur Einreise in das besetzte Gebiet fortan jede von der Polizei ausgestellte Bescheinigung (Wohnungsmeldschein, Gewerbebescheinigung und dergleichen) auch ohne Lichtbild genüge. Im Interesse der vielen Besucher der „Presse“ aus dem ganzen Reich war unsern Kollegen entsprachen wir sofort der Leipziger Aufforderung, uns darüber an amtlicher Stelle in Berlin zu informieren und dann von dieser Erleichterung im „Korr.“ öffentlich Kenntnis zu geben. An einer unteren wie an der höchsten Polizeistelle in Berlin vernahmen wir jedoch das Gegenteil: es habe sich nichts geändert, immer noch sei ein besonderer Ausweis mit Lichtbild von der Polizeibehörde am Wohnort erforderlich. Daraufhin wurde im „Korr.“ Nr. 55 dieser behördliche Widerspruch bekanntgegeben und von uns aufgefordert, dochmals nach der Berliner Handhabung zu verfahren. In Leipzig wurde aber auch weiter beharrlich und herausgedrückt, daß auf Grund einer Mitteilung der Sächsischen Gesandtschaft die angeführte eingetretene Erleichterung allgemein in Sachsen angeordnet worden sei. Tatsächlich erlebten wir auch Abschriften dieser Verfügung aus andern sächsischen Orten; wir bekamen ferner Kenntnis von Reiseprotokollen des Leipziger Eisenbahnervereinsamtes für Rheinfahrten, worin in an sich guter Kommentierung ebenfalls der Personalausweis mit Lichtbild als nicht mehr erforderlich erschien. Nun interpellierten wir unter ausführlicher Darstellung der Sachlage die Sächsischen Gesandtschaft in Berlin und haben im Interesse unserer reisenden Kollegen um schnellste Klarstellung. Als diese ausblieb, und weil von unserm Gauvorstande für Mittelrhein (vom Gauvorstand in Köln ist ebenfalls jede Änderung bestritten worden) inzwischen auch verlangt worden war, im „Korr.“ sollte unbedingt erklärt werden, es sei alles beim alten geblieben, auch nach dem besetzten Gebiet Kondition annehmende Kollegen müßten einen polizeilichen Personalausweis mit Lichtbild zur Hand haben, wandten wir uns an das Reichsministerium für die besetzten Gebiete um Aufklärung. Von hier aus erfolgte sie verhältnismäßig schnell, indem wir eine Abschrift der vom Reichsministerium am 4. August der Sächsischen Gesandtschaft in gleicher Angelegenheit erteilten Antwort aufgestellt erhielten. Der Bescheid des Reichsministers für die besetzten Gebiete lautet entgegen der für Sachsen ergangenen Erleichterungsverfügung, denn es heißt in der Hauptsache: Eine Änderung in den Bestimmungen über die Ausweis-pflicht im besetzten Gebiet ist nicht eingetreten. Es gelten immer noch die Vorschriften des Artikels 12 der Ordnung vom 308 der Rheinlandkommission vom 17. November 1925. Hiernach ist zur Einreise sowie zum Aufenthalt im besetzten Gebiete für Personen über 16 Jahre entweder ein Reise-pass oder ein von der deutschen zuständigen Behörde ausgestellter Personalausweis erforderlich. Nach der Praxis der Besatzungsbehörden bedarf ein solcher Personalausweis eines Lichtbildes. Das in § 94 und Anlage VIII der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung vom 4. Juni 1924 (RGBl. I S. 613) vorgeschriebene besondere Muster eines solchen Ausweises schreibt gleichfalls ein Lichtbild vor; die Ausstellung erfolgt gemäß § 1 Abs. V der Gewerbeverordnung vom 27. Juni 1924 (RGBl. I S. 657) kostenlos. Nichts hat sich also geändert, die Berliner Praxis ist die richtige. Wichtig ist auch die Stelle, daß dieser polizeiliche Ausweis kostenlos auszustellen ist, was nach unfer Erfahrung nicht gleichmäßig von den Polizeiverwaltungen in Deutschland gehandhabt wird. Dann heißt es weiter: Seit einiger Zeit gewährt die Rheinlandkommission jedoch auf besonderen Antrag, der an den Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete in Koblenz zu richten ist, für die Teilnehmer geschlossener Personengruppen (Gesellschaft, Vereine usw.) Befreiung von der Pflicht zum Führen eines Einzelpersonalausweises mit Lichtbild und begnügt sich in der Regel mit einem Sammelausweis für alle Teilnehmer, den der Führer der Gruppe bei sich zu

tragen hat; jeder Teilnehmer muß in einem solchen Falle eine von dem Veranstalter gestempelte und unterschriebene Bescheinigung besitzen, aus der seine Teilnehmervereinschaft hervorgeht. Die Anträge müssen zweckmäßigerweise Angaben über den Veranstalter, Zahl der Teilnehmer, Zweck, Ziel und Zeitdauer der Reise enthalten. Das ist etwas Andres, als in Sachsen bekanntgegeben wurde. Das von der Rheinlandkommission für geschlossene Personengruppen auf besonderen Antrag, in der Regel gewährt Begünstigungen mit einem Sammelausweis für alle Teilnehmer ist zunächst keine ausnahmslose Handhabung. Wenn die Rückfahrten nicht auf in geschlossener Weise vor sich gehen, was bei den „Presse“-Fahrten unfer Kollegen häufig der Fall ist, dann wird eben doch ein besonderer Personalausweis mit Lichtbild erforderlich. Wir verstehen auch nicht, im Sinne des Gauvorstandes von Mittelrhein nochmals die Notwendigkeit eines solchen Ausweises für Kollegen zu betonen, die nach dem besetzten Gebiete in Stellung gehen.

Vorläufige Einführung der Invalidenunterstützung. Daß der Verbandstag der Hilfsarbeiter die Einführung der Invalidenunterstützung gegen 16 Stimmen beschlossen hat, haben wir mitgeteilt. — In seiner letzten Sitzung hat der erweiterte Vorstand des Deutschen Sattlers, Tapezierers- und Portefeuilleverbandes gegen eine Stimme beschlossen: „Der Hauptvorstand wird beauftragt, eine Vorlage zur Einführung der Invalidenunterstützung alsuarbeiten und dem nächsten Verbandstag zur Beschlußfassung vorzulegen.“ — Vom Verbandstag der Fabrikarbeiter wurde die Einführung der Invalidenunterstützung gegen elf Stimmen beschlossen und beauftragt dazu gesagt: „Die günstigen Auswirkungen der Invalidenunterstützung zeigen sich, wie der Vorstandsbereiner ausführte, vor allem in einer größeren Stabilität der Organisation, einer starken Bindung der Mitglieder an den Verband, in der größeren Werbekraft und nicht zuletzt in der Steigerung der Kampfkraft. Die Gewerkschaften würden zur Einführung der Invalidenunterstützung geneigt sein, weil in den Großbetrieben Unterstützungsvereinigungen gegründet werden, die sich zu gelben Werkereinen entwickeln können. Der Verband könne unmöglich zusehen, daß ihm von den „Gelben“ in dieser Weise das Wasser abgegraben wird. Die Einführung der Invalidenunterstützung ließe eine weitere Aufwärtsentwicklung des Verbandes erhoffen.“ Diesen Argumenten können wir nur zustimmen. Seit der Einführung der Invalidenunterstützung in unfer Organisation im Jahre 1879 hat sich die Richtigkeit dieser Argumente immer wieder erwiesen. — Der Holzarbeiterverband, der auf seinem vorjährigen Verbandstag bereits die Einführung der Invalidenunterstützung beschlossen hatte, nimmt gegenwärtig eine Arbeits-

Die Beratungen über das Arbeitslohngesetz abgeschlossen. Der sozialpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat die Beratungen über das Arbeitslohngesetz abgeschlossen. Die Verhandlungen nahmen zum 1 1/2 Jahre in Anspruch. Zu dem Entwurf wurden noch einige Entschärfungen angenommen, die sich u. a. auf eine reichseinheitliche Regelung der Schulpflicht und die Befandlung der Schwarzarbeit beziehen. Gefordert wird u. a., die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren zu verbieten und die Arbeit von Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahre unter einschneidende Vorschriften zu stellen. Bezüglich der Schwarzarbeit wird ein gleiches Verbot verlangt. Gegen die Schwarzarbeitentfickung wandten sich die Arbeitnehmervertreter mit dem Hinweis, daß diese Frage für eine gesellschaftliche Lösung nicht geeignet sei und die Befickung der Schwarzarbeit eine Erziehung der Arbeitnehmer, besonders auf tariflichem Gebiet, voraussetze, die am besten in den Organisationen geleistet werden könne.

Das Gesetz über die Sentung der Einkommensteuer. Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner öffentlichen Kollifikation vom 19. Juli mit dem vom Reichstag angenommenen Novelle zum Einkommensteuergesetz (Sentung der Lohnsteuer vom 1. Oktober an). Nach Stellungnahme des preussischen Ministerialdirektors Dr. Brest, des bayerischen Gesandten v. Preger, des sächsischen Gesandten Dr. Gradnauer, des württembergischen Gesandten Boster und des Freiherrn v. Geyl beschloß der Reichsrat mit 38 gegen 30 Stimmen, die Steuerentlastungsvoilage anzunehmen. Gegen das Gesetz stimmten die Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Kormern, Niederhessen, Westfalen und die Staaten Bayern, Württemberg, Sachsen, Thüringen und Oldenburg. Bei der Wichtigkeit des Gesetzes wollen wir den Inhalt desselben zusammenfassend wiedergeben: „Ermäßigt wird die nach der Vorfrist der §§ 70, 74 des Einkommensteuergesetzes zu erhebende Einkommensteuer (Steuerabzug vom Arbeitslohn um 25 Proz., jedoch in den Fällen des § 70 höchstens um 3 M. monatlich bei Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate, um 0,75 M. wöchentl. bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen, um 0,15 M. täglich bei Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage und um 0,05 M. zweifündtlich bei Zahlung des Arbeitslohns für je zwei angefangene oder volle Arbeitstagen). Die veranlagte Einkommenssteuer wird um 25 Proz., höchstens jedoch um 36 M. jährlich ermäßigt, wenn das Einkommen den Betrag von 15 000 M. nicht übersteigt. Diese Vorschriften gelten für den Arbeitslohn, der für eine nach dem 30. September 1928 erfolgende Dienstleistung gewährt wird, und bei Veranlagung erstmalig für Steuerabnahme. Die in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres 1928 enden, bei diesen jedoch mit der Maßgabe, daß die Einkommenssteuer um 18 Proz., höchstens aber um 27 M. jährlich gemindert wird. Ferner wird im § 70 folgende neue Vorschrift eingefügt: „Zur Berechnung der Steuer ist der Arbeitslohn bei Zahlung für volle Monate auf den nächsten durch 5 teilbaren Reichsmarkbetrag, bei Zahlung für volle Wochen auf den nächsten vollen Reichsmarkbetrag, bei Zahlung für volle Arbeitstage auf den nächsten durch 20 teilbaren Reichspfennigbetrag, bei Zahlung für je zwei angefangene oder volle Arbeitstagen auf den nächsten durch 5 teilbaren Reichspfennigbetrag nach unten abzurunden. Diese Vorschrift findet erstmalig auf den Arbeitslohn Anwendung, der für eine nach dem 30. September 1928 erfolgende Dienstleistung gewährt wird.“

Schiedspruch zwischen Ärzten und kaufmännischen Erbschaften. Zwischen der Ärzteschaft und den kaufmännischen Erbschaften schwelte seit Monaten ein Streit über den Neuausschluß eines Ende des Jahres 1927 abgelaufenen und bis 30. Juni 1928 verlängerten Vertrages. Trotz er-

